

AUSGABE VOM 19. FEBRUAR 2016

Public Viewing auch bei der Fußball-EM 2016 möglich

Die am 10. Juni beginnende Fußball-Europameisterschaft in Frankreich wirft auch in NRW ihre Schatten voraus. Wieder werden viele Fans nicht nur im heimischen Wohnzimmer mitfiebern. Laut Karsten Möring, Lärmexperte der Union im Bundestagsumweltausschuss, erlässt die Bundesregierung daher wie schon bei den letzten Fußballweltmeisterschaften eine Verordnung, die das bekannte „Public Viewing“ auch in den späten Abendstunden ermöglicht.

„Ich freue mich über diese Regelung, denn sie berücksichtigt sowohl das öffentliche Interesse an den TV-Übertragungen als auch den Mindestschutz betroffener Anwohner“, so Möring.

Konsequenzen aus den Kölner Silvester-Übergriffen ziehen

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière wird als eine Konsequenz aus den Kölner Silvester-Übergriffen die Videoüberwachung am Kölner Hauptbahnhof ausbauen und modernisieren sowie die Stellen und Präsenz der Bundespolizei erhöhen. Das kündigte der Minister in einem Schreiben an den Kölner CDU-Bundestagsabgeordneten Karsten Möring an. Möring hatte den Minister nach den Vorfällen um spürbare personelle und technische Unterstützung zur Verbesserung der Sicherheit für Reisende und Besucher am Hauptbahnhof und dem Vorplatz gebeten. MdB Möring, in dessen Wahlkreis die Brennpunkte Dom und Hauptbahnhof liegen, begrüßt die Initiative als „wichtiges Zeichen“, zumal sie „nachhaltig auch über die Karnevalszeit hinaus für mehr Sicherheit an den Brennpunkten sorgen wird“, so Möring.



Richtige und rasche Konsequenzen ziehen: Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière sagte MdB Karsten Möring seine Unterstützung für Köln zu. (Foto: CDU/CSU, S. Rösler)

Insbesondere die von de Maizière angekündigte personelle Aufstockung der Bundespolizei ist für Möring ein Herzensanliegen. „Das ist sicher nicht der letzte, aber ein weiterer wichtiger Schritt, um dauerhaft mehr Sicherheit zu schaffen und das erschütterte Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurück zu gewinnen. Nun muss auch NRW seine Hausaufgaben machen“, so Möring, der ankündigte, die Thematik zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit bis zur Bundestagswahl 2017 zu machen.

Fachgespräch der CDU/CSU-Fraktion zu den Vorfällen in Köln

Die Unionsfraktion hat in dieser Woche bei einem Fachgespräch die Kölner Ereignisse erneut aufgerollt und zieht laut MdB Möring in zweierlei Hinsicht die richtigen Lehren. Zum einen können straffällige Ausländer künftig leichter abgeschoben werden, zum anderen werden Anträge straffälliger Asylbewerber schneller bearbeitet, um sie negativ bescheiden und abschieben zu können. Bei Asylbewerbern reicht künftig eine Freiheits- oder Jugendstrafe von einem Jahr statt bisher von drei Jahren aus, um ihnen die Anerkennung zu verwehren. Für alle in Deutschland lebenden Ausländer gelten künftig schärfere Ausweisungsregeln. Damit wird sichergestellt, dass nur Personen Schutz und Unterstützung erhalten, die diese auch tatsächlich verdienen.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



das sogenannte „Asylpaket II“ schafft weitere Voraussetzungen, um die Zahl der Flüchtlinge zu begrenzen. Ausländer ohne Bleiberecht müssen von den Ländern aber auch konsequenter abgeschoben werden! Insbesondere die Rot-Grün geführten Bundesländer müssen nach den jüngsten Statistiken ihre Anstrengungen erheblich verstärken, Ausländer konsequent abzuschieben.

Während die unionsregierten Länder in den letzten Monaten die Ausweisungen im Vergleich zur Zahl der ausreisepflichtigen Migranten deutlich gesteigert haben, bleiben die von Sozialdemokraten und Grünen regierten Länder deutlich zurück. Hier ist sehr viel mehr möglich. Die von Rot-Grün beständig vorgetragene Forderung nach schnelleren Asylentscheidungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) läuft ins Leere, wenn nach ablehnenden Bescheiden nicht auch konsequent Abschiebungen vollzogen und Aufenthalte beendet werden.

Sehr verärgert bin ich angesichts der Silvester-Vorkommnisse über das Verhalten der SPD. In der Koalitionsrunde sagte Gabriel zu, Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, um die Migration von dort deutlich einzuschränken. Dann bekam die SPD kalte Füße und verlangte mit Rücksicht auf die rot-grün regierten Bundesländer, diese Regelung wieder aus dem Gesetz herauszunehmen, das wir in der vergangenen Woche beschlossen haben. So kommen wir nicht weiter. Die SPD muss zu ihrer Zusage stehen.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Schnellere Asylverfahren – erleichterte Ausweisung

Der Gesetzentwurf zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern, den der Bundestag in erster Lesung beraten hat, wird die Ausweisung straffälliger Ausländer erleichtern und Regelungen enthalten, mit denen straffälligen Asylbewerbern leichter die Flüchtlingseigenschaft verwehrt werden kann. In erster Beratung werden auch Änderungen im Asylgesetz, im Aufenthaltsgesetz und im Asylbewerberleistungsgesetz eingebracht. Die Änderungen führen zu beschleunigten Asylverfahren, wenn Bewerber aus sicheren Herkunftsstaaten kommen oder nicht kooperativ mitwirken indem sie beispielsweise falsche Angabe zu ihrer Herkunft machen. Die Bewerber müssen sich während des Verfahrens in dafür eingerichteten Aufnahmeeinrichtungen aufhalten. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wird außerdem für zwei Jahre ausgesetzt.

Bereits seit dem 1. Januar gilt das neue Ausweisungsrecht. Künftig ist die Ausweisung eines Ausländers möglich, wenn er wegen bestimmter Straftaten rechtskräftig verurteilt worden ist, auch wenn die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist. Asylanten können schon dann ausgewiesen werden, wenn eine rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr erfolgt ist.

Rote Hände als Zeichen gegen Kindersoldaten



"Kinder haben ein Recht auf ein Leben ohne Gewalt. Dafür müssen wir uns hier in Deutschland und der ganzen Welt einsetzen", so MdB Karsten Möring, der zusammen mit vielen anderen Abgeordneten und Mitarbeitern des Bundestages Farbe bekennet beim „Red Hand Day“. Weltweit sammeln Aktivisten rote Handabdrücke, die das Nein zur Rekrutierung von Kindersoldaten symbolisieren sollen. Die Kinderkommission des Bundestages leitet die gesammelten Handabdrücke an die Vereinten Nationen weiter. (Foto: privat)

Vertrauen wieder herstellen – Kfz-Emissionen senken

Der Antrag „Kfz-Emissionen senken und deutsche Automobilindustrie stärken“ der Koalitionsfraktionen fordert eine Verbesserung der Aussagekraft von Emissionstests und mehr Transparenz bei der Durchführung. Das Ziel ist eine tatsächliche Senkung der Kfz-Emissionen im realen Betrieb und zugleich eine Stärkung der deutschen Automobilindustrie, deren Reputation nicht durch illegale Manipulationen riskiert werden darf. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um das Vertrauen der Verbraucher in die Automobilindustrie wiederherzustellen und für erhöhte Transparenz zu sorgen.

„Deutschland muss seine Vorreiterrolle bei effizienten und ökologisch verbesserten Antrieben beibehalten. Hier müssen auch künftig die besten, sichersten und saubersten Autos gebaut werden. So können nicht nur die dringend benötigte Mobilität, sondern auch eine saubere Umwelt und nicht zuletzt hochqualifizierte Arbeitsplätze erhalten werden“, so MdB Karsten Möring.

Bargeldabschaffung des steht nicht zur Debatte

Im Bundestag wird aktuell über den Vorschlag für eine Bargeldobergrenze diskutiert. Einen Vorschlag zur Abschaffung des Bargelds hat es aber weder vom Finanzministerium noch von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegeben. Bargeld wird es auch weiterhin geben und jeder soll es in unbegrenzter Höhe besitzen dürfen. In der Unionsfraktion gibt es auch keine Überlegungen zur Abschaffung der 500 Euro-Banknote oder von kleinen Cent-Münzen.

Hintergrund der aktuellen Debatte ist eine Studie der Universität Halle-Wittenberg zum Umfang der Geldwäschekriminalität in Deutschland. Handlungsempfehlungen dieser Studie sind eine stärkere Kontrolle von Treuhand- und Anderkonten, eine bessere Aufklärung der betroffenen Unternehmen, die Sensibilisierung der Finanzbehörden sowie eine Begrenzung von Bargeldzahlungen. Das Bundesfinanzministerium hatte sich daraufhin dafür ausgesprochen, auf europäischer Ebene die Einführung einer einheitlichen Obergrenze für die Bezahlung von Waren und Dienstleistungen mit Bargeld zu prüfen.

„Wir wollen, dass die Menschen auch weiterhin Käufe und Dienstleistungen bar bezahlen können. Die Begründung für die Einschränkung des Bargeldverkehrs kommt einer Kriminalisierung breiter Bevölkerungsschichten gleich. Das lehnen wir ausdrücklich ab“, so MdB Karsten Möring.

Impressum:

Ausgabe Nr. 03/2016
19. Februar 2016

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611

Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter